

## Inhalt

- 3 Innovatives Bauen:** Drei Wohnungsunternehmen wurden auf dem Aareon-Kongress in Garmisch-Partenkirchen mit dem DW-Zukunftspreis ausgezeichnet.
- 4 Integrationspreis:** Am 13. Juni findet die große Preisverleihung statt – Bundestagsabgeordnete gratulieren vorab den Projekten aus ihren Wahlkreisen zur Nominierung.
- 8 WohnZukunftstag:** Die Innovationsplattform der Wohnungswirtschaft findet Ende Juni auf der Internationalen Gartenausstellung und im Radialsystem in Berlin statt.

## Städte in Deutschland: Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt – und politische Stabilität

**Nürnberg – Die Städte in Deutschland haben ihren Willen und ihre Bereitschaft betont, sich den aktuellen Herausforderungen von Zu- und Abwanderung, Investitionsbedarfen, Finanzschwäche, Demografie, Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu stellen und geeignete Lösungen zu entwickeln. Sie stehen als Partner von Bund und Ländern bereit, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sichern. Partnerschaftliches Miteinander bedeute aber auch, als Partner respektiert und vor schleichender Überlastung geschützt zu werden. Das hat der Deutsche Städtetag am 1. Juni 2017 zum Abschluss seiner Hauptversammlung in Nürnberg unter dem Motto „Heimat. Zukunft. Stadt“ in einer „Nürnberger Erklärung“ deutlich gemacht.**



Foto: Marion / pixelio.de

„Für politische Stabilität im Innern Deutschlands sind zukunftsfähige Städte elementar“, sagte Städtetagspräsidentin Dr. Eva Lohse in Nürnberg.

„Bund und Länder wissen, dass ohne starke Städte kein Staat zu machen ist. Sie müssen den Rahmen schaffen, damit die kommunale Selbstverwaltung kraftvoll und lebendig sein kann. Dazu gehört eine Finanzausstattung, die den breiten kommunalen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger gerecht wird und auch notwendige Investitionen gewährleistet. Für politi-

sche Stabilität im Innern Deutschlands sind zukunftsfähige Städte elementar“, sagte die wiedergewählte Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. **Eva Lohse** aus Ludwigshafen.

Lohse bezeichnete kommunale Investitionen als eine Grundlage unseres Wohlstand-

Weiter auf Seite 2 ➔

## Aktuelle Meldungen

### Mieterbund kritisiert Wohnungspolitik

Der Deutsche Mieterbund (DMB) warnt, dass bezahlbarer Wohnraum in Deutschland knapp wird und fordert eine öffentliche Investitionsoffensive. Die Bilanz der Bundesregierung in der im Herbst ablaufenden Legislaturperiode bezeichnete DMB-Präsident Franz-Georg Rips als „insgesamt unbefriedigend“. Auch der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW bemängelt insbesondere den unzureichenden Wohnungsneubau. (wi)

### Engagement der Firmen für Flüchtlinge steigt

Gut jedes fünfte Unternehmen in Deutschland gibt laut einem Bericht des *Handelsblatts* vom 7. Juni 2017 mittlerweile Flüchtlingen einen Job oder ein Praktikum – und damit die Möglichkeit, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Das zeigt die jüngste Personalleiterumfrage, die das Münchener Ifo-Institut für den Personaldienstleister Randstad in rund 1.000 Firmen durchgeführt hat. (wi)

### Vor allem Ältere sehen Gefahren in der Digitalisierung

Gut jeder dritte Deutsche betrachtet die Digitalisierung laut einer Umfrage kritisch. Wie eine repräsentative Studie des IT-Verbands Bitkom ergab, sehen 60 Prozent im digitalen Wandel eher eine Chance, 36 Prozent aber eher eine Gefahr. Vor allem die Befragten ab 65 Jahren stehen der Digitalisierung eher kritisch gegenüber, wie *DIE WELT* am 7. Juni 2017 berichtete. (wi)

## Energieverbrauch in der EU sinkt – Neue Zahlen zur Europäischen Energiepolitik veröffentlicht

**Brüssel – Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Union (EU), hat neue Zahlen zur Entwicklung von Energieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Ausstoß in der EU sowie zum globalen Ausbau von Windkraftenergie veröffentlicht. Diese zeichnen ein positives Bild: Der Energieverbrauch sinkt. In den letzten 25 Jahren hat sich der Energieverbrauch der gesamten EU um 2,5 Prozent reduziert. Der Bruttoinlandsenergieverbrauch lag bei 1.626 Millionen Tonnen Rohöleinheiten.**

Obwohl fast drei Viertel der 1.626 Millionen Tonnen Rohöleinheiten aus fossilen Brennstoffen wie Kohle, Gas und Öl stammen, zeigt sich, dass deren Anteil insgesamt in den vergangenen Jahrzehnten von 83 Prozent in 1990 auf 73 Prozent in 2015 zurückgegangen ist. Die Abhängigkeit von der Einfuhr fossiler Brennstoffe ist dabei allerdings gestiegen.

In Deutschland werden mit 314 Millionen Tonnen Rohöleinheiten etwa 19 Prozent der europäischen Energie verbraucht. 1990

lag der Verbrauch in der Bundesrepublik noch bei 356 Millionen Tonnen Rohöleinheiten.

### EU-Emissionen fielen im Jahr 2016

Kohlendioxidemissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger sind laut Eurostat innerhalb der EU auch im Jahr 2016 um 0,4 Prozent zurückgegangen. Deutschland legte gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Prozent zu und verantwortete 22,9 Prozent des europäischen Emissionsausstoßes.

Die weltweite Kapazität von Windenergie verdoppelte sich zwischen 2010 und 2015. Laut einer Studie der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU kann die Energiegewinnung aus Wind auf 430 Gigawatt beziffert werden. Dabei ist die EU mit rund 140 bereits an das Netz angeschlossenen Gigawatt global an zweiter Stelle. 15 Gigawatt jährlich werden für die kommenden Jahre vorausgerechnet. Die EU ist mit Offshore-Kapazitäten von etwa 90 Prozent der abgeschlossenen Projekte global führend.

(öne/kön/schi) ■

### ► Fortsetzung von Seite 1

des. Es sei nicht hinnehmbar, wenn die Städte trotz der sehr guten wirtschaftlichen Lage nicht ausreichend in den Erhalt der Infrastruktur investieren können. Für struktur- und finanzschwache Städte forderte sie gezielte Unterstützung von Bund und Ländern auch beim Abbau von Altschulen. Außerdem dürfe es nicht zu Lasten der Kommunen gehen, wenn der Bund Sozialleistungen ausweitere.

### Städte wollen Chancengerechtigkeit und Bildung von Beginn an

Lohse hob die Anstrengungen der Städte für Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit hervor. Städte leisteten viel beim Auf- und Ausbau der Kinderbetreuung, beim Engagement für Schulen und hinsichtlich des vielfältigen Bildungsangebotes von kommunalen Bibliotheken, Theatern und Kultureinrichtungen. Gleichwohl müsse gerade im Bildungsbereich von allen staatlichen Ebenen noch mehr getan werden. „Wenn wir die Zukunft unseres Landes sichern wollen, müssen wir dafür sorgen, dass alle Kinder von Beginn gute Chancen haben. Hier dürfen Bund und Länder die Kommunen nicht alleine lassen“, so Lohse. „Wenn es von der sozialen Herkunft abhängt, ob Bildung gelingt, gefährdet das den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft und verfestigt soziale Spaltungen. Deshalb müssen sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam für gute Rahmenbedingungen und für eine Durchlässigkeit des Bildungssystems engagieren.“

### Städte sind Heimat und Orte des Zusammenhalts

Der Deutsche Städtetag wies darauf hin,

dass Städte als Lebensmittelpunkt für die Menschen attraktiv sein müssen, das verlange laufenden Wandel. „Die wachsende kulturelle Vielfalt, zunehmende Individualisierung sowie neue technische Entwicklungen werden die Stadtgesellschaft verändern“, betonte der wiedergewählte Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. **Ulrich Maly** aus Nürnberg, in diesem Zusammenhang. „Die Städte müssen zwischen den unterschiedlichen Interessen ausgleichen. Gleichzeitig müssen sie versuchen, Ausgrenzung zu verhindern und Teilhabe zu ermöglichen.“ Mit Blick auf die Herausforderungen, die sich aus verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit und der Alterung der Gesellschaft ergeben, sagte Maly: „Öffentlich geförderte Beschäftigung hilft Menschen, die auch in wirtschaftlich guten Zeiten objektiv keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Viele Menschen werden außerdem künftig stärker Unterstützung brauchen, um ihren Alltag auch in zunehmendem Alter zu bewältigen. Auch hierauf muss die Sozialpolitik Antworten geben.“

Eine große Aufgabe wird weiter die Integration der zugewanderten Menschen sein, die länger bei uns bleiben. „Integration wird nur gelingen, wenn Zugewanderte und einheimische Bevölkerung aufeinander zugehen. Integrationsbereitschaft muss auf beiden Seiten gegeben sein“, machte Maly deutlich.

### Mobilität neu denken, Angebote vernetzen

Die Städte in Deutschland fordern Bund und Länder auf, deutlich mehr als bisher in die Verkehrsinfrastruktur zu investieren, vor

allem in den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Mobilität sei eine große aktuelle Herausforderung, weil gesellschaftliche Teilhabe und Wirtschaftsleben ohne sie nicht möglich sind. Gleichzeitig sei es wichtig, die Belastungen durch Emissionen zu verringern. „Wir müssen jetzt die Weichen stellen für moderne Mobilität und eine umweltverträgliche Fortbewegung“, sagte der Oberbürgermeister der Stadt Münster, **Markus Lewe**, der ab 1. Januar 2018 Präsident des Deutschen Städtetages sein wird. „Der öffentliche Nahverkehr ist und bleibt der Grundpfeiler einer nachhaltigen Verkehrspolitik. E-Mobilität, Carsharing, autonomes Fahren oder das Fahrrad sind dabei keine Gegenspieler. Sie müssen verknüpft werden, auch das Auto wird weiter eine Rolle spielen. In wachsenden Städten mit begrenztem Platzangebot wie zum Beispiel Münster sind alternative Verkehrsmittel und moderne Verkehrssysteme existentiell.“

Lewe verwies darauf, dass die Städte umfassende Verkehrskonzepte entwickeln, die Klimaschutz, Anforderungen der Wirtschaft und Stadtentwicklung, Verkehrsmanagement und Gesundheitsschutz zusammenführten. „Allerdings lassen sich wichtige Verkehrs- und Verkehrsinfrastrukturprojekte nur dann umsetzen, wenn die Städte ausreichend handlungsfähig sind. Deshalb müssen Bund und Länder in die Verkehrsinfrastruktur deutlich mehr investieren als bisher“, so Lewe abschließend.

(bäst/schi) ■

► Die „Nürnberger Erklärung“ des Deutschen Städtetages finden Sie unter diesem Kurz-Link:  
<https://goo.gl/VtqMnK>

## „Innovativer bauen – nachhaltig, effektiv und effizient“ – DW-Zukunftspreis der Immobilienwirtschaft verliehen

Garmisch-Partenkirchen – Die Verleihung des 14. DW-Zukunftspreises der Immobilienwirtschaft unter dem Motto „Innovativer bauen – nachhaltig, effektiv und effizient“ fand am 1. Juni 2017 auf dem Aareon Kongress statt. Schirmherr Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, übergab die Auszeichnung von Aareon und der Fachzeitschrift DW Die Wohnungswirtschaft an drei Wohnungsunternehmen.



Foto: Christian Klant

Die Gewinner des DW-Zukunftspreises 2017 mit dem Schirmherr und dem Vorsitzenden der Jury: Axel Gedaschko (GdW; Schirmherr), Norbert Pracht und Tanja Thalheimer (BSG-Allgäu eG), Peter Ley (GWG Service GmbH), Klaus Freiberg (Vonovia SE) und Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Franz-Josef Radermacher (Juryvorsitzender) (v. l.)

Die BSG-Allgäu, Bau- und Siedlungsgenossenschaft eG, Kempten, die GWG Service GmbH, Kassel, und die Vonovia SE, Bochum, erhielten die Auszeichnung für ihre vorbildlichen Projekte. **Axel Gedaschko**, GdW-Präsident und Schirmherr des DW-Zukunftspreises der Immobilienwirtschaft, überreichte am Galaabend des Aareon Kongresses die Trophäen an die Vertreter der Unternehmen.

### Seniorenwohnen – Nachverdichtung in Kooperation mit Partnern

Für das Projekt „Seniorenwohnanlage mit Tagespflege – Nachverdichtung in Kooperation mit der Kommune, einer Sozialeinrichtung sowie einer Hochschule“ wurde die BSG-Allgäu, Bau- und Siedlungsgenossenschaft eG, Kempten, ausgezeichnet. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern vor Ort sind 26 genossenschaftliche Mietwohnungen im „Betreuten Wohnen“ mit integrierter Tagespflegeeinrichtung und einem Seniorentreff entstanden. Darüber hinaus wurden dezentrale Betreuungsangebote, Räumlichkeiten für soziale Kontakte und mobile Dienstleistungen eingerichtet. Die Anwendung von CAD-basierten (CAD steht für computer-aided design, also rechnerunterstütztes Konstruieren, Anm. d. Red.) innovativen Business-Information-Modeling-Systemen (BIM) ermöglichte hierbei in Teilbereichen planungsphasen-

übergreifende Synergieeffekte und trug maßgeblich zur Reduzierung der Baukosten bei.

Darüber hinaus führt die Hochschule Kempten in einer der Mietwohnungen ein Forschungsprojekt im Bereich „Ambient Assisted Living“ durch. Im direkten Lebensumfeld werden Methoden, technische Geräte und Dienstleistungen erprobt, die es Senioren ermöglichen, länger in den eigenen vier Wänden zu wohnen. Zu Anschauungs- und Versuchszwecken stehen diese Einrichtungen allen Quartiersbewohnern offen.

Bereits bei der Planung der Wohnanlage wurden im Rahmen von Workshops und Informationsveranstaltungen die umliegenden Anwohner mit einbezogen. Beispielsweise haben die Schüler der Praxisklasse der Robert-Schumann-Mittelschule nach den Wünschen der im Quartier lebenden Menschen Sitzbänke geschaffen.

### indiControl® – Regelung von Einrohrheizsystemen

Die GWG Service GmbH, Kassel, wurde für „indiControl® – Die patentierte Systemlösung zur Regelung von Einrohrheizsystemen“ prämiert. Bei Einrohrheizsystemen, die im Wohnungsbau der 1960er- und 1970er-Jahre häufig installiert wurden,

führt nur eine Heizleitung durch mehrere Wohnungen. So entsteht nach einer energetischen Sanierung oft eine ungewollte Überheizung der Räume am Anfang der durchgehenden Heizleitung, die nur durch verstärktes Lüften zu beheben ist. Dies führt zu Energieverschwendung und Widersprüchen der betroffenen Bewohner gegen die Nebenkostenabrechnung.

indiControl® wird mit geringem Aufwand in das bestehende Heizsystem nachgerüstet. Es ermöglicht die bedarfsgerechte Steuerung der Volumenströme von Einrohrheizsystemen und verbessert die Regelbarkeit deutlich. Hierbei werden separat regelbare Teilheizkreise genutzt, die grundsätzlich bereits vorhanden sind, aber noch nicht als selbstständige Teilheizkreise aktiviert wurden. indiControl® regelt diese separaten Heizkreise bedarfsabhängig und reagiert flexibel auf den individuellen Wärmebedarf der einzelnen Bewohner.

### Neubau – Wohnen geht in Serie

Ein weiterer Preisträger ist die Vonovia SE, Bochum, mit ihrem „Neubauprojekt Insterburger Straße – Wohnen geht in Serie“. Im Rahmen dieses Pilotprojekts ist innerhalb von nur drei Monaten ein Gebäude mit 14 Wohneinheiten entstanden. Das Konzept: Vorgefertigte Raummodule werden zu Freiflächen im Bestand transportiert und dort zusammengesetzt. Bereits beim Pilotprojekt wurde ein Vorfertigungsgrad von 70 Prozent erreicht. Eine Steigerung auf bis zu 90 Prozent ist angestrebt. Die serielle Bauweise reduziert die Baukosten deutlich, bei einer gleichzeitig hohen Qualität durch die industrielle Vorfertigung. Das Baukastenprinzip ermöglicht, dass jede Fläche seriell, aber dennoch individuell bebaut werden kann.

Bei der Planung kam BIM zum Einsatz. Die Nutzung dieses Planungsinstruments von allen externen und internen Prozessbeteiligten soll bei den folgenden Neubauprojekten weiter ausgebaut und optimiert werden. Das System erfasst und verwaltet alle Gebäudedaten in einer Datenbank für eine transparente Kommunikation aller Beteiligten sowie für die Integration in die Prozesskette des Facility Managements zur effizienten Revisionierbarkeit. (fichlschi) ■

➔ Video-Beiträge zu den Preisträgern finden Sie unter diesem Kurz-Link: <https://goo.gl/UclLWv>

## Integrationspreis 2017: Bundestagsabgeordnete gratulieren den Nominierten

Berlin/Hamburg – Erstmals wird am 13. Juni 2017 unter dem Motto „Zusammenleben mit neuen Nachbarn“ der bundesweite Integrationspreis verliehen. Mit dem Preis werden hervorragende Projekte ausgezeichnet, die in den Wohnquartieren Voraussetzungen dafür schaffen, dass lebendige Nachbarschaften erhalten, Ausgrenzung vermieden und Integration unterstützt wird. Aus dem großen Feld der qualitativollen Bewerbungen hat eine 11-köpfige Fachjury unter dem Vorsitz des ZDF-Fernsehmoderators Mitri Sirin die besten Projekte ausgewählt. Die Schirmherrschaft hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier übernommen.

Der Wettbewerb ist eine gemeinsame Initiative des Deutschen Städtetags, der AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, des vhw – Bundesverband für Wohnen und

Stadtentwicklung und des Deutschen Mieterbunds. Er wird außerdem vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit unterstützt. Die feierliche Preisverleihung findet am 13. Juni 2017 im Rahmen des Bundeskongresses

Nationale Stadtentwicklungspolitik in Hamburg statt. Im Vorfeld der Preisverleihung gratulieren Bundestagsabgeordnete aus den Wahlkreisen der ausgewählten Projekte zu deren Nominierung für den Integrationspreis 2017:



Foto: Tobias Koch / www.tobiaskoch.net

**Dr. Stefan Heck, CDU-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Marburg-Biedenkopf, zur Nominierung des Projekts „Offene Nachbarschaftswerkstatt“ der Initiative für Kinder-, Jugend-, und Gemeinwesenarbeit e.V. Marburg für den Integrationspreis 2017 in der Kategorie „Nachbarschaften“:**

„Der Integrationspreis unter dem Motto ‚Zusammenleben mit neuen Nachbarn‘ macht deutlich, wie wichtig es in der heutigen Zeit ist, offene Angebote zu schaffen, um eine positive Stadtidentität zu fördern. Hinter dieser Nominierung steht ein engagierter Verein, dem ich gerne auf diesem Weg für seinen täglichen Einsatz danken möchte. Eine lebendige Vereinskultur ist unverzichtbar für unser Gemeinwesen. Das Projekt ‚Offene Nachbarschaftswerkstatt‘ unterstützt diese Kultur mit seinen vielseitigen Angeboten für Jung und Alt. Als beliebter Treffpunkt schafft die Nachbarschaftswerkstatt Orte der Begegnung und des Austauschs, bei der die individuellen Fähigkeiten eingebracht werden können und Zusammengehörigkeit gelebt wird.“



Foto: SPD-Parteivorstand, Susse Knoll

**Dr. Fritz Felgentreu, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Berlin-Neukölln, zur Nominierung des Projekts „Tauchen im Schulsportunterricht“ der Kepler-Schule, Berlin-Neukölln, für den Integrationspreis 2017 in der Kategorie „Nachbarschaften“:**

„Der ‚Integrationspreis 2017 – Zusammenleben mit neuen Nachbarn‘ wird erstmalig vergeben und das Neuköllner Projekt ‚Tauchen im Schulsportunterricht‘ ist unter den Nominierten – das freut mich sehr! Seit 1993 haben die Schülerinnen und Schüler der Kepler-Schule die großartige Möglichkeit, das Tauchen zu erlernen. Dabei eignen sie sich nicht nur eine neue Sportart an. Fast genauso wichtig sind die sozialen Kompetenzen, welche für das Tauchen unumgänglich sind und so fast nebenbei gelernt und trainiert werden: Teamgeist, Regeln einhalten, Zuverlässigkeit, füreinander einstehen. Das nützt dem Zusammenleben in der Schule und im nachbarschaftlichen Wohnumfeld gleichermaßen. Die härtesten Kieze brauchen die besten Schulen – die Kepler-Schule hat den Preis mehr als verdient. Ich drücke die Daumen!“



Foto: www.karsten-moering.de

**Karsten Möring, CDU-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zur Nominierung des Projekts „Pro wohnen international in Köln“ des Internationalen Vereins für Frieden und Gerechtigkeit – Pro Humanitate e.V. für den Integrationspreis 2017 in der Kategorie „Netzwerke“:**

„Staat und Kommunen können Vieles leisten, das man für Geld kaufen kann. Sie können die Hülle bereitstellen für Unterkunft, für Verpflegung, für Gesundheitsdienste, für Sprachkurse. Aber ohne Inhalt bleibt die Hülle eine tote Hülle. Für das Leben drinnen, für die Kontakte in die Nachbarschaft, für die Orientierung im neuen Lebensraum, für das Heimisch werden, kurz für alles das, was man mit dem Begriff ‚Integration‘ verbinden kann, dafür braucht es mehr. Für dieses ‚Mehr‘ arbeitet der Verein Pro Humanitate mit seinem Projekt ‚Pro Wohnen international‘. Es ist nur eine von zahlreichen Aktivitäten die der Verein seit vielen Jahren mit ausdauerndem Engagement betreibt. Eine neue Heimat schaffen für Kinder und Jugendliche, die ihre alte Heimat verloren haben, ihnen beim Finden der neuen Heimat zu helfen, das ist wahrlich eine lohnende und lobenswerte Arbeit, für die wir alle nur dankbar sein können.“



Foto: Benno Kraehahn

**Dagmar Ziegler, SPD-Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Haveland I, zur Nominierung des Projekts „Zusammenleben mit neuen Nachbarn in Rheinsberg“ der Rheinsberger Wohnungsgesellschaft mbH für den Integrationspreis 2017 in der Kategorie „Netzwerke“:**

„Pragmatisch, zupackend, unaufgeregt – die Verantwortlichen in Rheinsberg sind einen bemerkenswerten Weg gegangen, um die Integration von Flüchtlingen erfolgreich zu gestalten und dabei die Bevölkerung mitzunehmen. Ganz in der Tradition der Toleranz Friedrichs des Großen, der hier die schönsten Jahre seiner Kronprinzenzeit verbrachte, haben die Bürger der Stadt Probleme als lösbar und die Neuankömmlinge als Bereicherung begriffen. Der Ansatz, nicht mit einem vorgefertigten Schema, sondern mit Augenmaß und Dialog auf die neue Situation einzugehen, hat zu einer hohen gegenseitigen Akzeptanz von Flüchtlingen und Alteingesessenen geführt. Ohne zentrale Steuerung von „oben“ sollte jeder die Chance erhalten, sich einzubringen und Unterstützung in Anspruch zu nehmen, wenn sie nötig war.“

Weiter auf Seite 5 ➔

→ Fortsetzung von Seite 4

Foto: Gerd Müller /  
Fotohaus Heimhuber



**Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und CSU-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Kempten, Lindau, Oberallgäu, zur Nominierung des Projekts „Betreuung von Asylbewerbern – von der Ankunft bis zur ersten eigenen Wohnung“ der BSG-Allgäu Bau- und Siedlungsgenossenschaft eG für den Integrationspreis 2017 in der Kategorie „Nachbarschaften“:**

„Die Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingskrise ist eine Generationenaufgabe, bei der jeder Einzelne beitragen kann.

Ich freue mich deshalb, dass die BSG Allgäu mit ihrem Konzept der dezentralen Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern für den erstmals vergebenen Integrationspreis 2017 nominiert ist. Die Baugenossenschaft hat Aufgaben der Stadtverwaltung in der Betreuung und Verwaltung aller dezentralen Wohneinheiten für Asylbewerber übernommen. Dieser Einsatz, der neben der Einrichtung geeigneter Wohnungen auch den Transport zu den Liegenschaften sowie die Abwicklung aller mieterrechtlicher Bestimmungen vorsieht, gebührt höchste Anerkennung und Lob. Die BSG Allgäu handelt nach dem Motto ‚Menschlichkeit statt Gewinnmaximierung‘, wofür sie zu Recht in den Kreis der Nominierten aufgenommen worden ist.“

Foto: © Bundesregierung/  
Beigmann



**Uwe Beckmeyer, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Bremen II und Bremerhaven und Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, zur Nominierung des Projekts „Zusammenleben ist machbar – Herr Nachbar“ des Haus der Zukunft e.V. Bremen für den Integrationspreis 2017 in der Kategorie „Nachbarschaften“:**

„Bremen-Lüsum gilt als sozialer Brennpunkt und wird seit Jahren aus dem Programm „Soziale Stadt“ gefördert. Dabei werden

bauliche Investitionen der Stadterneuerung mit integrativen und sozialen Maßnahmen gekoppelt. Die GEWOBA und das Quartierzentrum „Haus der Zukunft“ engagieren sich beispielgebend, um den sozialen Zusammenhalt in Lüsum nachhaltig zu verbessern. Hier weiß man, dass Integration mehr bedeutet, als Wohnraum zu schaffen; es gilt, das Ankommen zu erleichtern, Hilfe im Umgang mit Ämtern anzubieten und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Die Integrationsmaßnahmen werden zusammen entwickelt, ausprobiert und ggf. angepasst, bis aus den Flüchtlingen Nachbarn werden. Ein beeindruckendes Projekt, das meine große Anerkennung hat und dem mein Dank gilt.“

Foto: Tobias Koch



**Alexandra Dinges-Dierig, CDU-Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Lübeck, zur Nominierung des Projekts „Willkommenskultur über Ortsgrenzen hinweg in Berkenthin“ des Runden Tisches für Willkommenskultur und Gemeinde Berkenthin für den Integrationspreis 2017 in der Kategorie „Netzwerke“:**

„Je häufiger Begriffe wie ‚Integration‘ im politischen Diskurs fallen, desto mehr wächst die Gefahr, dass sie zur Phrase werden. Das gilt insbesondere hier, wo ein so großer Themenbereich mitspielt: Bildung, Arbeitsmarkt, Sicherheit, Gesellschaft. Integration ist vor allem Querschnitt, spielt sich in allen Bereichen des öffentlichen Lebens ab, in der Stadt wie auf dem Dorf, in der Kita wie im Pflegeheim. Für fast alle Bereiche des Lebens haben die Ehrenamtler des Runden Tisches in Berkenthin Initiative entwickelt. Sie haben dadurch die Phrasenbildung bekämpft, den Begriff stattdessen mit Inhalt gefüllt. Nicht von oben verordnet, sondern von unten gelebt. Den Verantwortlichen gilt mein großer Respekt, mein herzlicher Dank und ein Glückwunsch zum verdienten Integrationspreis.“

Foto: Stefan Kaminski



**Steffi Lemke, Bundestagsabgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Wahlkreis Dessau-Wittenberg, zur Nominierung des Projekts „Offen. bunt. anders. – Für ein vielfältiges und weltoffenes Gräfenhainichen“ der Interessengemeinschaft der Volkssolidarität Gräfenhainichen für den Integrationspreis 2017 in der Kategorie „Netzwerke“:**

Engagiert für Willkommenskultur „Bürgerschaftliches Engagement ist für unser Land enorm wichtig. So auch bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen, die vor Krieg und Verfolgung in ihrer Heimat zu uns nach Deutschland, nach Sachsen-Anhalt gekommen sind. Die Bürgerinitiative ‚Offen. bunt. anders. – Für ein vielfältiges und weltoffenes Gräfenhainichen‘ ist dazu bereit, ohne zu zögern. Darüber freue ich mich sehr und dafür bin ich dankbar. Sie helfen Geflüchteten, die dem Grauen in ihrer Heimat gerade noch entkommen sind, bei uns anzukommen. Sie setzt sich ein für ein weltoffenes Gräfenhainichen und steht für eine gelebte Willkommenskultur. Die Kommune ist der Ort, wo Integration und Teilhabe tatsächlich stattfindet und gelingen muss. Mit dem Städtebauförderprogramm Soziale Stadt können Kommunen wirksame Hilfe leisten und wertvolle Strukturen für Integration aufbauen.“

Engagiert für Willkommenskultur „Bürgerschaftliches Engagement ist für unser Land enorm wichtig. So auch bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen, die vor Krieg und Verfolgung in ihrer Heimat zu uns nach Deutschland, nach Sachsen-Anhalt gekommen sind. Die Bürgerinitiative ‚Offen. bunt. anders. – Für ein vielfältiges und weltoffenes Gräfenhainichen‘ ist dazu bereit, ohne zu zögern. Darüber freue ich mich sehr und dafür bin ich dankbar. Sie helfen Geflüchteten, die dem Grauen in ihrer Heimat gerade noch entkommen sind, bei uns anzukommen. Sie setzt sich ein für ein weltoffenes Gräfenhainichen und steht für eine gelebte Willkommenskultur. Die Kommune ist der Ort, wo Integration und Teilhabe tatsächlich stattfindet und gelingen muss. Mit dem Städtebauförderprogramm Soziale Stadt können Kommunen wirksame Hilfe leisten und wertvolle Strukturen für Integration aufbauen.“

Foto: DIE LINKE Brandenburg



**Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete von DIE LINKE für den Wahlkreis Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland I, zur Nominierung des Projekts „Zusammenleben mit neuen Nachbarn in Rheinsberg“ der Rheinsberger Wohnungsgesellschaft mbH für den Integrationspreis 2017 in der Kategorie „Netzwerke“:**

Menschlichkeit kennt keine Obergrenze

„Jede Initiative, die vor Krieg und Gewalt Flüchtende willkommen heißt, hat meinen großen Respekt und Unterstützung. Erst Recht, wenn sie in meinem Heimatwahlkreis kommt, wie das für den Integrationspreis 2017 nominierte Projekt ‚Zusammenleben mit neuen Nachbarn in Rheinsberg‘. Das Rheinsberger Netzwerk unterstützt die neuen Mitbürger\_innen mit einem friedlichen Zuhause, also Wohnungen, Hilfe und Respekt. Gleichzeitig bleibt es politisch wichtig, die Fluchtursachen zu bekämpfen, zu denen auch deutsche Rüstungsexporte beitragen.“

27. Juni 2017, Hamburg

## „Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen in wachsenden Kommunen“

Das Bundesbauministerium (BMUB) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) fördern Kommunen, die mit neuen Ansätzen mehr ungenutzte Flächen für den Wohnungsbau aktivieren wollen. Mit dem Forschungsfeld „Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen in wachsenden Kommunen – Erhebung und Erprobung von Bausteinen eines aktiven Managements“ im Rahmen des Programms „Experimenteller Wohnungs- und Städte-

bau“ (ExWoSt) unterstützt das BMUB bis Ende 2019 acht Modellvorhaben mit aktiven Maßnahmen zur Innenentwicklung. Die Städte setzen Innenentwicklungsmanager ein und erweitern mit verschiedenen Bausteinen eine aktive Innenentwicklung. Die Modellvorhaben in Aalen, Berlin, Hamburg-Altona, Ludwigsfelde, Offenburg, Regensburg, Solingen und Trier werden finanziell unterstützt und fachlich beraten. Im Ergebnis werden Lösungen erarbeitet, von denen

auch andere Kommunen profitieren können. Auf der Fachveranstaltung am 27. Juni 2017 mit Gunther Adler, Staatssekretär im Bundesbauministerium, stellen sich die Modellvorhaben vor. Darüber hinaus werden aktuelle Fragen der planungsrechtlichen und instrumentellen Rahmenbedingungen der Innenentwicklung diskutiert. *(lih/schi)* ■

➔ **Weitere Infos zu Programm und Anmeldung hier:** <https://goo.gl/X5vpas>

## AUS DEN VERBÄNDEN

### Sachsen: „Wohnen mit Demenz“ – Anpassung der Wohnung erhöht Lebensqualität

**Dresden – Demenzerkrankungen stellen Betroffene und Angehörige, das Versorgungsnetzwerk im Gesundheits- und Sozialsystem und nicht zuletzt die Wohnungswirtschaft vor vielfältige Herausforderungen. Wie kann „Wohnen mit Demenz“ möglichst selbstbestimmt und zudem eingebunden in adäquate Beratungs- und Unterstützungsstrukturen gelingen? Wie können Zugänge zu demenzerkrankten Menschen gefunden sowie Verständnis für ihre Bedürfnisse und Anliegen gefördert werden? Wie können Angehörige und am Versorgungssystem Beteiligte sensibilisiert, informiert und Kompetenzen im Umgang mit dieser Erkrankung geschult werden? Und wie können Kooperationen und Netzwerke dafür angemessen weiterentwickelt werden?**



Foto: VSWG

Die Tagung in Dresden war gut besucht.

Diesen Fragen widmete sich die Tagung „Wohnen mit Demenz – Selbstbestimmt und eingebunden“, die in Kooperation zwischen dem Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften (VSWG), der LandesSeniorenVertretung für Sachsen (LSVfS) und dem Begleitete Wohnen ausgerichtet wurde. Mehr als 170 Teilnehmer folgten am 10. Mai 2017 der Einladung in die Sächsische Landesärztekammer.

#### 1,6 Millionen Demenzerkrankte in Deutschland

Unsere Gesellschaft wird immer älter. Eine steigende Anzahl von Menschen erreicht auch bei guter Gesundheit ein hohes Alter. Dadurch bedingt steigt auch die Wahrscheinlichkeit für eine Demenzerkrankung. Derzeit wird in Deutschland von einer geschätzten Anzahl von etwa 1,6 Millionen Menschen mit dieser Erkrankung ausgegangen, Tendenz steigend. Die Anzahl

an Neuerkrankungen in Deutschland wird auf 256.000 Fälle pro Jahr geschätzt.

„Die sächsischen Wohnungsgenossenschaften nehmen das Thema Demenz sehr ernst und suchen nach möglichen Modellen für ihre Mitglieder, denn Demenz

müssen wir nicht suchen. Die haben wir im Bestand“, so Dr. Axel Viehweger, Vorstand des VSWG. Anpassungen der Wohnung und des Lebensraumes, insbesondere im Sicherheitsbereich, erhöhen die Lebensqualität demenzerkrankter Menschen und erleichtern Angehörigen die Pflege und Versorgung.

#### Technische Systeme als ein Lösungsweg

Wie können bauliche Maßnahmen und technische Systeme unterstützend wirken? Menschen mit Demenz leben häufig in einer Welt der klaren Tagesstruktur und Wiedererkennung bis zum Stadium der dauerhaften Pflege. Das ermöglicht die Anwendung elektronischer Systeme, die mit einer klaren Tagesstruktur programmierbar sind. Abweichungen von der üblichen Struktur können zur Signalgabe, zur Information an Angehörige oder Pfle-

gende führen. Eine funktechnische Vernetzung ist möglich. Für die Bezugspersonen unterstützend sind auch Monitore und Tablets, die bekannte Bilder und Töne aus dem Erleben des Betroffenen wiedergeben. Verschiedene Sicherheitssysteme können Menschen mit Demenz ermöglichen, ohne freiheitsentziehende Maßnahmen sicherer Zuhause zu wohnen.

Technische Systeme sind einer von vielen Bausteinen, die Menschen mit Demenz und ihr Versorgungsnetzwerk unterstützen können. Diese Sicht spiegelte die Tagung wider. Sie öffnete den Blick auf vielfältige, sich ergänzende, bereichsübergreifende Herangehensweisen, um bei Demenz eine möglichst selbstständige Lebensführung zu erhalten und Betroffene und Angehörige zu unterstützen.

„Im Kern muss Demenz aus einer umfassenden Perspektive im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes betrachtet werden, die die Erkrankten, das Wohn- und Lebensarrangement, den Alltag sowie die pflegenden Angehörigen mit einbezieht. Dies ermöglicht die Generierung nachhaltiger Lösungen. Hierzu bilden wir mit sozialen Dienstleistern und weiteren Institutionen Netzwerke und Kooperationen vor Ort, um gemeinsam Lösungen zur Unterstützung der Betroffenen schaffen zu können“, fasste Dr. Viehweger abschließend zusammen. *(jak/kön)* ■

## Aktuelles Mietrecht

21. Juni 2017, Bochum

Zum 1. Juni 2015 ist das Mietrechtsnovellierungsgesetz in Kraft getreten. Die Mietpreisbremse ist dabei nur eine von vielen Herausforderungen für Vermieter. Ob Änderungen im allgemeinen Schuldrecht oder die jüngste Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs bei Schönheitsreparaturen: Um teure Gerichtsprozesse zu vermeiden, ist die Kenntnis der aktuellen Rechtsprechung für Vermieter und Verwalter unerlässlich.

Weitere Infos: **EBZ, Andrea Bohn, Telefon: 0234/9447575, E-Mail: akademie@e-b-z.de, Internet: www.e-b-z.de**

## PERSÖNLICHES

**Yvonne Helmbold**, Vorstandsvorsitzende der Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft Weimar, feierte am 6. Juni 2017 ihren 50. Geburtstag. Sie ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnungsgenossenschaften mit Spareinrichtung.

**Udo Carstens**, Geschäftsführer der Weimarer Wohnstätte GmbH, beging am 1. Juni 2016 sein 25. Dienstjubiläum in der Wohnungswirtschaft. Er ist Delegierter zum GdW-Verbandstag.

## NACHRUf

## Trauer um Rolf Gustiné

Die Wohnungswirtschaft trauert um Rolf Gustiné, langjähriges Vorstandsmitglied der Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892 eG, der am 23. Mai 2017 im Alter von 92 Jahren gestorben ist. Von 1950 bis 1963 war er bei der Charlottenburger Baugenossenschaft leitend tätig, bevor er 1964 Vorstandsmitglied der Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892 wurde. Zudem hat sich Rolf Gustiné besonders um die gemeinsame Arbeit aller Berliner Wohnungsbaugenossenschaften, insbesondere in der Verbandsarbeit, verdient gemacht. Auf Ebene des damaligen Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft vertrat er die Genossenschaften unter anderem als Delegierter zum Gesamtverbandstag und im Fachausschuss Genossenschaften, sowie darüber hinaus international als Delegierter zum Kongress des Internationalen Genossenschaftsbundes. Für sein großes Engagement und seine erfolgreiche Arbeit wurde Rolf Gustiné 1985 die Ehrenmedaille der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft in Gold und 1989 mit der Victor-Aimé-Huber-Plakette die höchste Branchen-Auszeichnung verliehen.

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet am Donnerstag, dem 22. Juni 2017, um 13.00 Uhr auf dem Friedhof Zehlendorf, Onkel-Tom-Straße 30, 14169 Berlin, statt.

## wi Wohnungspolitische Informationen

Herausgeber:  
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:  
Katharina Burkardt

Redaktion:  
Andreas Schichel, Klaus Schrader,  
Anne-Sophie König

Anschrift der Redaktion:  
Mecklenburgische Straße 57  
14197 Berlin  
Tel.: 030 82403-151  
Fax: 030 82403-159  
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:  
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG  
Munzinger Straße 9  
79111 Freiburg

Standort Hamburg:  
Hufnerstraße 28  
22083 Hamburg  
Tel.: 040 211165-32  
Fax: 040 211165-3332

Aboverwaltung:  
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249  
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446  
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Media Sales (Print/Online):  
Oliver Cekys, Tel.: 0931 2791-731  
E-Mail: oliver.cekys@haufe.de  
Klaus Sturm, Tel.: 0931 2791-733  
E-Mail: klaus.sturm@haufe.de  
Heike Tiedemann, Tel.: 040 211165-41  
E-Mail: heike.tiedemann@haufe.de

Für Anzeigen gilt die Preisliste ab 1.1.2017.  
www.mediocenter.haufe.de

Druck: rewi druckhaus, Wissen

Bezugspreis jährlich:  
120,75 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand  
Erscheinungsweise wöchentlich, Abbestellungs-  
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von  
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG

Nur Originalbeiträge. Für unverlangt einge-  
sandte Manuskripte übernehmen wir keine  
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-  
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrich-  
ten oder Teilen daraus nur nach schriftlicher  
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

Anzeige

## DR. KLEIN

Konditionen am 06.06.2017 für  
wohnungswirtschaftliche Finanzierungen

| Zinsbindung | Sollzins | effektiv   |
|-------------|----------|------------|
| ■ 30 Jahre* | 2,12%    | 2,15% p.a. |
| ■ 20 Jahre  | 1,80%    | 1,82% p.a. |
| ■ 10 Jahre  | 1,26%    | 1,27% p.a. |

**Bedingungen:**  
Erststellige Grundschuld auf  
wohnungswirtschaftlichen Objekten  
Beleihungsauslauf 60% Darlehensbetrag;  
> 250 TEUR/Objekt, Auszahlung: 100%,  
Tilgung: 2,00% p. a. (\*Volltilger),  
3 Monate bereitstellungszinsfrei,  
keine Gutachterkosten oder  
Bearbeitungsgebühren

**Zinsentwicklung bis 06.06.2017**  
Bestkundenkonditionen (Sollzins) der Partner von Dr. Klein

12 Monate

Quelle: DR. KLEIN Firmenkunden AG, www.drklein-firmenkunden.de  
Hansestraße 14, 23558 Lübeck, Tel. (0451) 14 08-88 88

## wi Online-Archiv

Die web-Präsenz der wi finden Sie unter [www.haufe.de/immobilien](http://www.haufe.de/immobilien) in der rechten Seitenhälfte, indem Sie bis zum Menüpunkt „Zeitschriften“ nach unten scrollen und dort anhand der Menüpfeile die wi auswählen.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „Anmelden“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf [www.haufe.de](http://www.haufe.de) verfügen, können Sie unter „Neuregistrierung“ ein Konto anlegen.

Nach der Anmeldung erscheint oben rechts, neben Ihrem Benutzernamen unter „Meine Produkte starten“, die wi. Anschließend können Sie alle Ausgaben der wi als Blätter-PDFs auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone anschauen. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse an. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in Ihrer Übersicht.

27. + 28. Juni 2019, Berlin

## WohnZukunftstag – Die Innovationsplattform der Wohnungswirtschaft



Quelle: Büro Roman Lorenz

Der WohnZukunftstag des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW startet in diesem Jahr am 27. Juni mit der Fachtagung „Grüne Nachbarschaften“ auf der Internationalen Gartenausstellung (IGA) in Berlin-Marzahn im dortigen Besucherzentrum. Am Abend findet im Orientalischen Garten der IGA die traditionelle Housewarming-Party statt, dieses Jahr unter dem Motto „1001 Nacht“. Der zweite Kongresstag am 28. Juni findet wie gewohnt im Radialsystem V statt. Neben hochkarätigen Vorträgen im Plenum erwarten die Teilnehmer spannende Workshops, Produkte und Dienstleistungen zum Anfassen und Mitmachen. Bits und Bytes, Prima Klima, Bürgerbeteiligung, Mieterzeitungen und Share Economy sind nur ein paar der vielen spannenden Themen. Der Innovationskongress wird unter dem Hashtag #wzt17live auf Twitter begleitet. (pralschi) ■

➔ [Alle Infos rund um den WohnZukunftstag sowie das Programm finden Sie auf www.wohnzukunftstag.de](#)

## Recht so

### Eigenbedarfsvorschau bei „Ehedifferenzen“

Mit Beschluss vom 7. Dezember 2016 hat das Landgericht Dessau-Roßlau (sinngemäß) entschieden, dass eine Eigenbedarfskündigung des Vermieters auch dann nicht rechtsmissbräuchlich ist, wenn zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses erhebliche Ehedifferenzen bestanden haben, die dann dazu führten, dass der Vermieter die Wohnung für sich allein benötigte. Zu der sich aus dem Eigentumsgrundrecht ergebenden Befugnis des Vermieters gehöre auch die Entscheidung darüber, von welchem Zeitpunkt an ein Wohnbedarf Anlass für eine Eigenbedarfskündigung sein soll. Der Sachverhalt betraf also einen Fall, in dem der Vermieter unter erheblichen Ehedifferenzen „zu leiden“ hatte und einen Mietvertrag abgeschlossen hat. Nach Abschluss des Mietvertrages ging die Ehe endgültig in die „Brüche“, so dass der Vermieter die Wohnung für sich selber benötigte und wegen Eigenbedarf kündigte. Der Mieter meinte, dass die Kündigung rechtsmissbräuchlich sei, da der Vermieter vorher hätte wissen können, dass er die Wohnung aufgrund der Ehedifferenzen selber benötigen würde (Az.: 5 T 275/16). ■

#### EXPERTENMEINUNG von Carsten Herlitz Justiziar des GdW

„In seinem Beschluss stellt das Gericht auf die mittlerweile wohl gefestigte Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH) ab, wobei ein widersprüchliches Verhalten des Vermieters nicht bereits dann anzunehmen sei, wenn der Vermieter das Entstehen eines künftigen Eigenbedarfs als bloße Möglichkeit in Betracht zieht. Der BGH verlangt ein über die Fahrlässigkeit hinausgehendes subjektives Element, nämlich die ‚Absicht‘; also ein bereits gefestigter Entschluss. Dem ist zuzustimmen. Denn es wäre – um bei diesem Fall zu bleiben – ja auch nicht ausgeschlossen gewesen, dass nach Abschluss des Mietvertrages die Ehedifferenzen wieder beseitigt worden wären. Man sollte weiter keine Offenbarungspflicht auch in höchstpersönlichen Angelegenheiten des Vermieters verlangen; jedenfalls dann nicht, wenn der Eintritt des Ereignisses, hier der Eigenbedarf, überhaupt nicht sicher ist. Gleichwohl sollten Vermieter immer sorgfältig prüfen, ob die Wohnung tatsächlich zum jetzigen Zeitpunkt vermietet werden muss oder vielleicht noch ein wenig abgewartet werden kann, bis sich der ‚Rauch wieder verzogen hat‘.“ ■



Foto: Sebastian Schobbert

## Imagekampagne der Wohnungswirtschaft: Die Branche zeigt Gesicht



Thomas Hegel, Vorstandsvorsitzender der LEG Immobilien AG, vor der Unternehmenszentrale in Düsseldorf

Foto: LEG

## ZAHL DER WOCHE

# 6,3

Prozent aller landwirtschaftlich genutzten Flächen in Deutschland dienen der ökologischen Landwirtschaft. Nach Daten des Statistischen Bundesamtes entspricht die ökologisch bewirtschaftete Landwirtschaftsfläche im Jahr 2015 1,06 Millionen Hektar. In den letzten Jahren ist die Fläche unter ökologischer Bewirtschaftung zwar weiter angewachsen, die jährliche prozentuale Zunahme hat aber nachgelassen. Zuletzt lag sie bei 3,2 Prozent, zwischen 1999 und 2000 waren es noch 11,9 Prozent. Laut Zielwert der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung soll der Anteil landwirtschaftlicher Flächen unter ökologischer Bewirtschaftung zukünftig 20 Prozent betragen. Die Ökolandbaufläche Deutschlands wurde 2015 wie folgt genutzt: 56,4 Prozent als Dauergrünland, 42,0 Prozent für Ackerland und 1,6 Prozent für sonstige Flächen. Demgegenüber lag der Schwerpunkt in der Landwirtschaft insgesamt mit 70,8 Prozent bei den Ackerflächen, der Anteil des Dauergrünlands betrug 28 Prozent und die sonstigen Flächen bedeckten 1,2 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. ■